

DATENSCHUTZ

Blick über die Schulter



Du bist nicht allein. Verbindungsdaten ermöglichen die staatliche Überwachung bis ans Ende der Welt.
(Foto: Christian Mosar)

Wer sich beim Surfen unbeobachtet fühlt, irrt. Demnächst haben die Strafverfolgungsbehörden Zugriff auf sämtliche Verbindungsdaten der elektronischen Kommunikation.

Mit wem hat Jeannot Krecké telefoniert? Das war es, was die Justiz vor fünf Jahren herausfinden wollte - und was zur "Telefon-Affäre" führte. Es ging darum, den Beamten herauszufinden, der dem LSAP-Abgeordneten gesteckt hatte, Innenminister Michel Wolter habe sich eine TVA-Rückzahlung erschlichen. Skandalös erschien die Leichtigkeit, mit der staatliche Stellen an die Verbindungsdaten der Post gelangen konnten - in einer Angelegenheit, die eher einem privaten Rachefeldzug des Innenministers glich als der Bewahrung der öffentlichen Ordnung.

Der Zugriff auf Telefonverbindungsdaten ist inzwischen strenger geregelt, doch ähnliche Daten fallen auch im Bereich der elektronischen Kommunikation an: beim Verschicken von E-Mails oder beim Besuch von Webseiten zum Beispiel. Den Schutz dieser sensiblen Daten regelt die EU-Direktive 2002/58. In Luxemburg soll die Umsetzung in den nächsten Wochen erfolgen - die von der EU gesetzte Frist vom 3. Oktober 2003 ist längst überschritten. Ein Gesetzesprojekt liegt bereits seit Juli 2003 vor, doch es wurde aufgrund der Einwände der "Commission nationale de protection des données" (CNPD) und des Staatsrates überarbeitet. Das Vorhaben, im gleichen Zug das Datenschutzgesetz von 2002 zu reformieren, wurde bei dieser Gelegenheit fallen gelassen. Dies soll in einer gesonderten Gesetzesvorlage nachgeholt werden.

Daten auf Vorrat

Die wichtigste Kritik der CNPD ließ die Regierung allerdings unberücksichtigt, nämlich die an der Vorratsdatenspeicherung. Verbindungsdaten und Daten, die die Nutzung eines Handynutzers ermöglichen, sollen während zwölf Monaten den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung

stehen. Verbindungsdaten machen zum Beispiel nachvollziehbar, wer wem eine E-Mail geschickt hat. Der Inhalt der Mail dagegen bleibt unzugänglich. Die neue Regelung bewirkt, dass innerhalb eines Jahres nachvollzogen werden kann, mit wem man E-Mail-Verkehr gepflegt, welche Webseiten man besucht und in welcher Funkbereich man sich mit eingeschaltetem Handy aufgehalten hat.

Ausgeschlossen hiervon sind die Inhalte der elektronischen Kommunikation, die weiterhin nur im Rahmen einer vorher genehmigten Abhörmaßnahme aufgezeichnet werden dürfen. Allerdings lassen sich Verbindung und Inhalt nicht so ohne Weiteres trennen: Die Adresse einer Webseite reicht um zu wissen, welche Texte und Bilder jemand von dort heruntergeladen hat. Bei SMS-Botschaften sind die Inhalte sogar aus technischen Gründen in die Verbindungsdaten eingebettet.

Die EU-Direktive überlässt es den Mitgliedstaaten, eine solche Vorratsdatenspeicherung einzuführen oder nicht. In den meisten Ländern ist sie mittlerweile vorgeschrieben, meist mit einer Frist von zwölf Monaten. Der Ministerrat für Justiz und Inneres berät derzeit gar über eine neue Direktive, die das Aufbewahren der Verbindungsdaten für mindestens ein Jahr zwingend vorschreiben würde.

Doch es gibt auch Gegenstimmen. In ihrem Gutachten zitiert die CNPD eine Erklärung der europäischen Datenschutzbeauftragten: "Die systematische Aufbewahrung aller Arten von Verkehrsdaten über einen Zeitraum von einem Jahr und länger würde eindeutig gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstoßen und wäre somit in jedem Fall inakzeptabel." Die Datenschutzkommission weist zudem auf den Widerspruch zur Eu-

ropäischen Menschenrechtskonvention hin, die in Artikel 8 den Schutz der Privatsphäre vorsieht. Die sieht auch Gérard Lommel, Präsident der CNPD, gefährdet. Die erhobenen Verkehrsdaten erlaubten es, Persönlichkeitsprofile zu erstellen. "Die Liste der besuchten Webseiten verrät so viel über einen Nutzer, wie wenn man sein Verhalten in der Videothek, in der Bücherei und beim Zeitunglesen ausspionieren würde." Dementsprechend spricht sich die CNPD gegen eine Vorratsdatenspeicherung aus. Sie fügt in ihrem Gutachten aber hinzu: Wenn schon gespeichert werde, dann allerhöchstens für zwölf Monate.

Sammelwut

"Das geschah aus taktischen Gründen", erklärt Gérard Lommel gegenüber der wox. Angesichts der Bestrebung verschiedener Länder, europaweit noch längere Aufbewahrungsfristen verbindlich vorzuschreiben, habe man sich nicht auf eine grundsätzliche Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung beschränken wollen.

Auf europäischer Ebene ist die Grundsatzfrage keineswegs entschieden. Im vergangenen Jahr hatte die deutsche Regierung dem Ansinnen von Innenminister Otto Schily nicht stattgegeben, im neuen Telekommunikationsgesetz eine Speicherung vorzusehen. Auch viele EuropaparlamentarierInnen stellen sich quer. Einerseits verweisen sie auf Studien, die zeigen, dass eine solche Speicherung kaum zur Verbrechensaufklärung beitrage. Andererseits gibt es ein reges Lobbying von Seiten der Internet-Provider, die sich über die mit der Speicherung einher gehenden Kosten und den Vertrauensverlust des Mediums Internet beklagen.

Dass den Providern der Datenschutz an sich wichtig ist, darf man bezweifeln. Immerhin sind die erhobenen Verbindungsdaten auch eine potenzielle Einkommensquelle, wenn nämlich aus ihnen - illegale - Benutzerprofile erstellt werden. Wie streng es die luxemburgischen Provider mit dem Datenschutz halten, will die CNPD demnächst nachprüfen. Nach der derzeitigen Gesetzeslage dürfen nur die für die Kostenabrechnung und den Service erforderlichen Daten aufbewahrt werden, und dies auch nur so lange wie nötig.

Während auf EU-Ebene ein Tauziehen um die Überwachung der elektronischen Kommunikation stattfindet, sorgt das Thema in Luxemburg kaum für Aufmerksamkeit. Dass die Debatten in der zuständigen parlamentarische Kommission eine öffentliche Diskussion anfachen, ist eher unwahrscheinlich. Die Vielfalt an Themen, mit denen sich die neu geschaffene "Commission de la fonction publique, de la réforme administrative, des médias et des communications" zu befassen hat, trägt nicht zur Effizienz ihrer Arbeit bei.

Raymond Klein

EU greift Flutopfern unter die Arme

Die Europäische Union stockt ihre Hilfe für die von der Flutkatastrophe betroffenen Gebiete um 450 Millionen Euro auf. Hinzu kommen die Hilfeleistungen der einzelnen EU-Staaten. Insgesamt beläuft sich die Fluthilfe der EU somit auf rund 1,5 Milliarden Euro. Außerdem sollen Sonderkredite bei der Europäischen Investitionsbank in Höhe von einer Milliarde Euro gewährt werden. Dies teilte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso am Donnerstag bei der Internationalen Krisenkonferenz in Jakarta mit.

Darüber hinaus wird die EU den asiatischen Staaten voraussichtlich beim Aufbau eines Tsunami-Frühwarnsystems helfen, kündigte Jean-Claude Juncker an. Der EU-Ratspräsident unterstützt außerdem den Vorschlag von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Partnerschaften zwischen asiatischen und europäischen Staaten für einen langfristigen Wiederaufbau zu gründen.

UN-Generalsekretär Kofi Annan hat die EU aufgefordert, die Gelder zügig zu überweisen. Zudem ist zu befürchten, dass die umfangreichen Finanzmittel am Ende bei der allgemeinen Entwicklungshilfe eingespart werden.

Euro-Milliardäre unter sich

Die "Süddeutsche" wusste es zu berichten, das Escher "Tageblatt" meldete es weiter und bei Hofmarschalls regt mensch sich auf: Unser werter Grand-Duc sei unter allen gekrönten Häuptern Europas mit einem Vermögen von 4,6 Milliarden Euro das reichste - weit vor der ehemaligen Spitzenreiterin Queen Elizabeth II. Die Information ist nachweislich unkorrekt, denn besagter Artikel macht den werten Henri zum Beispiel zum Mehrheitsaktionär bei der Arbed. Um auf diese Summe zu kommen, hat der Autor wohl sämtliche Besitztümer des Luxemburger Staates dem Großherzog zugeschrieben. Dennoch: Die pikierte Reaktion bei Hofe, die sich nur gegen die KollegInnen aus Esch und nicht gegen die renommierte Zeitung aus Deutschland richtet, macht stutzig. Auch hier gilt: Transparenz hilft, Missverständnisse zu vermeiden. Bei einem Jahresgehalt des Großherzogs von fast einer Million Euro und 7,4 Millionen Ausgaben für den Hof, dürfte die Steuer zahlende Öffentlichkeit einen Anspruch auf Aufklärung haben. Andere MonarchInnen geben sich da weniger zugeknöpft.

Nächste Woche: Schöner wohnen

Viel Geld für wenig Qualität. So könnte man das Motto des MieterInnen-Daseins in Luxemburg lauten. Und die Wohnungsnot nimmt kein Ende.

Kalorienbomben

Journalismus ist ungesund. Zumindest im kulinarischen Bereich ist die schreibende Zunft oft Reizen ausgesetzt, die es schwer machen, die zu Neujahr beschlossene Salat- oder Trennkostdiät auch wirklich durchzustehen. Zwar sind in diesem Jahr die meisten Empfänge zum neuen Jahr, mit all ihren Umtrinken und "amuse gueules", wegen der Flutkatastrophe in Asien abgesagt - doch schon drohen andere Gefahren. Was tun die Leute, wenn von all den schönen Fressalien, die sie sich am Ende des Jahres geleistet haben, noch etwas übrig bleibt? Richtig: Sie beglücken damit die KollegInnen im Betrieb. Diskret stellt mensch so die Butterkreme-Torte oder die überschüssigen "Knippercher" auf den Redaktionstisch, um sie einer endgültigen Entsorgung zuzuführen. Und tatsächlich, schon nach kurzer Zeit entwickeln sich die typischen Verhaltensmuster, die es sonst nur bei Vernissagen, Presseempfangen und ähnlichem zu beobachten gibt. Sei es um eine Korrekturfahne einzusehen, ein Bild aus dem Archiv zu holen oder seinen Text abzuliefern - jedes Mal heißt es, an diesem reizvollen Tisch vorbeizulaufen. Und bei jedem Durchgang verschwindet eine der Kalorienbomben im Rachen einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters. Aber irgendwann ist es dann doch vorbei. Nächste Woche ist Entzug versprochen.